

Forderungen zur Bekämpfung von politisch motivierter Gewalt gegen ehrenamtlich engagierte Personen sowie Amts- und Mandatsträger

- Klare und deutliche Unterstützung der Vorschläge der Innenminister- und -senatoren von Bund und Ländern zur Überprüfung einer Verschärfung des Strafrechts zum besseren Schutz von sämtlichen durch politisch motivierte Gewalt gefährdete Personen.
- Einrichtung einer Koordinierungs- und Ansprechstelle „Engagement & Wahlen“ im Ministerium des Innern.
- Errichtung eines Sondermeldedienstes bzw. einer speziellen Informationssammelstelle „Engagement & Wahlen“ beim Landeskriminalamt im Vorfeld von Wahlen.
- Stärkung von Verfassungsschutz, Staatsschutz und Justiz, um politisch motivierte Übergriffe auf ehrenamtlich engagierte Personen sowie Amts- und Mandatsträger konsequent bekämpfen und zeitnah ahnden zu können.
- Intensivierung der Fahndung nach Personen, die sich durch Hass und Hetze im Internet strafbar machen und personelle Stärkung der Polizei im Hinblick auf entsprechende Ermittlungen im Internet. Die sozialen Netzwerkbetreiber müssen hier stärker in die Pflicht genommen werden.
- Prüfung inwiefern die Sensibilisierung und die Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten von ehrenamtlich engagierten Personen, Wahlhelfern sowie Amts- und Mandatsträgern weiter verstärkt und ausgebaut bzw. stärker genutzt werden können, z.B.:
 - Gefährdungsberatungsgespräche bzw. Sicherheitssprechstunden von Polizei und Staatsanwaltschaft
 - Initiierung von dezentralen Fortbildungen und Workshops
 - Einrichtung eines „priorisierten Notrufs“ für Personen, bei denen eine besondere Gefährdungslage festgestellt wurde
 - Verstärkte Sensibilisierung für die Beratungsangebote der „Zentralen Ansprechstelle für politische Verantwortungsträger zu polizeilichen Sicherheitsfragen“ im Ministerium des Innern und Prüfung, ob eine Ausweitung dieses Angebots für weitere gefährdete Personengruppen erforderlich ist
 - ggfs. Aktualisierung der Handlungsempfehlungen für „Mandats- und besondere Amtsträger“ mit Blick auf die Sensibilisierung für politisch motivierte Straftaten
- Weitere Stärkung der Sensibilisierung von Polizeidienststellen für die Thematik im Vorfeld von Wahlen (Fortbildungen, Workshops, etc.).

- Schutz von Wahlveranstaltungen und Wahlkreisbüros im Vorfeld von Wahlen entsprechend eigener Lageeinschätzung durch die Polizeidienststellen.
- Aufbau kommunaler Präventionszentren gegen Radikalisierung im Netz und auf der Straße